

Freiwillige vor

Familienministerin stellt Grundzüge des neuen Sozialen Dienstes vor – 550 Euro Lohn im Monat

Von Young-Sim Song

Berlin. Familienministerin Kristina Schröder (CDU) will für den neuen „Bundesfreiwilligendienst“, der den wegfallenden Zivildienst ersetzen soll, auch Frauen und Senioren gewinnen. Nach der geplanten Aussetzung der Wehrpflicht soll der neue Dienst ab dem 1. Juni 2011 allen nicht mehr schulpflichtigen Männern und Frauen offenstehen. Bestehende Dienste der Länder wie das Freiwillige Soziale Jahr würden parallel weiterexistieren und „quantitativ und qualitativ“ gestärkt werden. Darauf habe man sich innerhalb der Koalition, mit den Ländern und den Trägern geeinigt.

Man sei dankbar, dass man nicht alles neu erfinden müsse, betonte Schröder. Mit der Ausweitung der bisherigen von Zivildienstleistenden besetzten Plätze um Einsatzbereiche wie Sport, Integration, Kultur oder Bildung sollen jährlich 35 000 Freiwillige für den zusätzlichen Bundesdienst gewonnen werden. Um ein Verdrängen des ehrenamtlichen Engagements vieler Menschen zu vermeiden, soll die Arbeitszeit für alle ab 27-Jährigen nicht weniger als 20 Wochenstunden betragen. Die Jüngeren sollen in Vollzeit beschäftigt werden. Es soll zudem möglich sein, Hochschulwartesemester zu überbrücken, den Hauptschulabschluss nachzuholen oder Pflichtpraktika für ein späteres Studium zu absolvieren, sagte Schröder.

Der Freiwilligendienst kostet den Bund jährlich 300 Millionen Euro. Der neue Dienst soll den Angaben zufolge in der Regel zwölf Monaten dauern. Er kön-

ne aber in Ausnahmefällen auf bis zu 24 Monate verlängert werden. Die Förderpauschalen für die Jugendfreiwilligendienste sollen auf monatlich 200 Euro angehoben werden. Die Zuständigkeit für den neuen Freiwilligendienst soll beim Bundesamt für den Zivildienst liegen, das in „Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben“ umbenannt wird.

Die Regelungen wurden an die bestehenden Freiwilligendienste der Länder angepasst. Hier sei ein Taschengeld von bis zu sechs Prozent der Beitragsbemessungsgrenze in der Rentenversicherung vorgesehen. Der Ministerin zufolge beläuft sich die Obergrenze im Westen somit auf 324 Euro im Monat und 273 Euro im Osten. Mit Anspruch auf Pflegegeld, Kleidungsgeld und Unterkunftszuschuss stünde einem Freiwilligen im Schnitt etwa 550 Euro monatlich zur Verfügung.

Der Koalitionspartner FDP zeigte sich mit der Vereinbarung zufrieden: „Mit dem vorliegenden Konzept ist es gelungen, die bestehenden Jugendfreiwilligendienste auszubauen und finanziell zu stützen“, sagte die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Miriam Groß. Zuvor waren die Pläne der Ministerin bei den Liberalen auf scharfe Kritik gestoßen. Sie wollen dem Ausbau der bestehenden Angebote wie des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen Jahres „eindeutig Priorität“ geben.